

Kommentar:

Subventionsabbau: Wider die Rasenmähermethode

Derzeit wird wieder intensiv darüber diskutiert, die Subventionen in Deutschland deutlich zu reduzieren – wobei zur Begründung eigentlich nur das Erfordernis einer Konsolidierung der öffentlichen Haushalte genannt wird. Tatsächlich kann auch nur dieses Argument – und das inzwischen kaum mehr verhohlene Eingeständnis eigener Machtlosigkeit gegenüber den organisierten Interessen der Subventionsempfänger – erklären, weshalb der Subventionsabbau dabei nach der „Rasenmähermethode“ vollzogen werden soll, eine Überprüfung der Sinnhaftigkeit einzelner Hilfen aber nicht vorgesehen ist. Ganz offensichtlich ignorieren die politischen Entscheidungsträger, dass Subventionen selektive Eingriffe in das Wirtschaftsleben darstellen, die im Einzelfall von der Zielsetzung her zwar gerechtfertigt sein mögen, häufig genug aber aufgrund von Anpassungsreaktionen der Märkte die gewünschten Wirkungen überhaupt nicht erreichen – insoweit also verschenktes Geld sind. Das aber bedeutet: Die Politiker – auch wenn sie den Widerstand der Lobbyisten fürchten – stehen gegenüber ihren Wählern in der Pflicht, bei jeder einzelnen Subvention kritisch zu prüfen, inwieweit sie mit Blick auf die intendierten Wirkungen und der nicht beabsichtigten Nebenwirkungen vertretbar ist.

Es ist müßig, alle Argumente für und wider gegen Subventionen hier zu wiederholen. Viel zu wenig Beachtung findet aber:

- Viele Subventionen sind ungerecht, weil sie zu einer Umverteilung von den Beziehern niedriger Einkommen zu den Beziehern hoher Einkommen führen.
Beispiel: Die Pendlerpauschale, die allein schon aufgrund der Progression des Steuersystems Besserverdienenden in stärkerem Maße zugute kommt.
- Sie sind selektiv, weil sie begünstigen, wer seine Interessen am besten artikulieren kann.
Beispiel: Die Subventionen für die gut organisierte Landwirtschaft, die über überhöhte Preise von den Verbrauchern zu zahlen sind.
- Sie sind zu einem guten Teil wirkungslos, weil sie zu marktlichen Anpassungsprozessen führen.
Beispiele: Die Eigenheimzulage für Bestandswohnungen, weil sie bei gegebenem Wohnungsangebot allein zu Preissteigerungen führt, von denen nur die Verkäufer profitieren; die Steinkohlesubventionen, die deutlich überdurchschnittliche Löhne in diesem Sektor erlauben.

Leider sind die Wirkungsmechanismen dabei häufig sehr verschlungen, sodass letzten Endes überhaupt nicht klar ist, wer von einer Fördermaßnahme profitiert; dass es aber allein der unmittelbar Begünstigte ist, widerspricht allen Vorstellungen, die die Wirtschaftswissenschaft von der Funktionsweise von marktlichen Systemen entwickelt hat.

Subventionskürzungen nach der Rasenmähermethode – auch wenn sie immer noch besser sind als gar keine Subventionskürzungen – müssen als Ausdruck eines Politikversagens angesehen werden. Jede einzelne Subvention muss auf den Prüfstand gestellt werden, am besten auf den Prüfstand einer unabhängigen und in ihrer Zusammensetzung der Öffentlichkeit bis zur Vorlage des Ergebnisses geheimzuhaltenden Kommission. Diese sollte dann aufgrund eines vorab definierten Kriterienkatalogs entscheiden, welche Subventionen gerechtfertigt sind; alle anderen Hilfen sollten mit einer kurzen Übergangsfrist abgeschafft werden. Es wäre fatal, wenn Deutschland es nicht schaffen würde, das – im Prinzip doch allgemein anerkannte – Ziel eines Subventionsabbaus im Interesse der langfristigen Sicherung staatlicher Handlungsspielräume zu erreichen.

Joachim.Ragnitz@iwh-halle.de